

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Einzelne Preise: Die 20 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark,
für aufwärts 0.35 Goldmark für das Ausland
0.50 Goldmark. Die 30 mm breite Zeile kostet 1.50 Goldmark
für aufwärts 2.00 Goldmark. — Die Drucksätze für Buchdruckereien
können höchstens 0.30 Goldmark. — Die Gleichsetzung an bestimmten
Tagen und Tagen kann eine Gewalt nicht übernehmen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Mark
Postpreis für Monat Juli 2.00 Goldmark für die Inlands-Straßen-
monatlich & Nr. 15. Kreisabonnementen: im Inlande wöchentlich
0.90 Goldmark nach dem **Eingangsziffer** 10 G. Pfennig
Auslande 1.20 Goldmark.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-M., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 27980, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nachrichten (Einzelungen ohne Rückporto) werden weiter gutschäftlich noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsre Redakteure keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Entgelts.

Nr. 156

Sonnabend, 5. Juli 1924

XXXII. Jahrg.

Hanauer Schiedsgerichtshof oder Reparationskommision?

Bemerkenswerter Vorstoß Englands — Ein Versuch, die Reparationskommision auszuschalten —
Große Nervosität in Frankreich

Macdonald ist optimistisch

X London, 4. Juli. Macdonald erklärte in einer Rede in seinem Wahlkreis: „Wenn jetzt Menschen kämpfen, so werde die Arbeiterrégierung sagen können, daß in Europa eine ausbliebende, Friedliche und hoffnungsvollere Lage geschaffen worden sei, als sie seit 1918 bestanden hat. In zwei Wochen finde die Interalliierte Konferenz in London statt. Es glaube, daß die Konferenz erfolgreich sein könne. Es werde sich nicht unmittelbar beteiligen; es werde dies niemals tun. Er, Macdonald, wolle das sicher, daß infolge der Einsicht der Arbeiterrégierung in Großbritannien die Mästen der europäischen Völker derselben zum Frieden und zur Demokratie geweckt wurden, daß sie mehr als genug leisten, leicht zu einer Vereinbarung zu gelangen. Diese Konferenz

aller Alliierten müsse zusammenkommen in dem Bewußtsein, daß ein neues Blatt aufgeschlagen werden muß, wenn Europa gerecht werden soll, und daß es zwecklos sei, über diplomatische und juristische Kräfte zu haben und zu streiten. Er freue sich sagen zu können, daß Amerika an dieser Konferenz teilnehmen werde, zwar nicht voll vertreten, aber doch bedeutend, hellend und mitwirkend. Amerika werde sich zwar nicht unmittelbar beteiligen; es werde dies niemals tun. Er, Macdonald, wolle das sicher, daß infolge der Einsicht der Arbeiterrégierung in Großbritannien die Mästen der europäischen Völker derselben zum Frieden und zur Demokratie geweckt wurden, daß sie mehr als genug leisten, leicht zu einer Vereinbarung zu gelangen. Diese Konferenz

Gandhi gegen Rabindranath Tagore

Indiens Botschaft an die Welt

In diesen Tagen erscheint Motapchi Verlag, Erlangen-Nürnberg, München und Leipzig unter dem Titel: Mahatma Gandhi: Indien und Europa aus den Jahren 1910 bis 1922 ein Buch, das zum ersten Male einen umfassenden Überblick über die gewaltige Bewegung gestaltet, die sich in Indien an Gandhis Namen knüpft. Im Gegenzug zu allen anderen revolutionären Führern Asiens und Europas predigt Gandhi nicht Gewalt und Zerstörung, sondern Gewaltlosigkeit und Liebe. Er verbietet seinen Anhängern jeden bewaffneten Widerstand gegen die anglo-indische Regierung, verlangt von ihnen lediglich, daß man sie anerkenne, daß sie als nicht existierend anscheine. Er lehnt jegliche Zusammenarbeit mit den englischen Behörden ab, verbietet den Besuch englischer Schulen, das Tragen englischer Kleidung, den Kauf englischer Waren, überzeugt jede Sammearbeit (Cooperation). Daher lautete das große Leitwort Gandhis: „Non-cooperation“. Ablehnung aller gemeinsamen Arbeit. Die Bewegung, die von Engländern viel an schaffen macht, hat Gandhi in der ganzen Welt bekannt gemacht. Der Tagore-Nachfolger in dem nach neuen Regelungen läuftenden Europa der Gandhi-Kult. Zwischen Tagore und Gandhi bestehen große Gegensätze, die Gandhi in dem nachstehend wiedergegebenen Auszug zu überbrücken scheint. Die Redaktion.

Des Dichters Besorgnis

Von Mahatma Gandhi

Der Dichter Asiens, wie Lord Hardinge Dr. Tagore nannte, wird bald der Dichter der Welt werden, wenn er es nicht schon geworden ist. Junghundert Ahn hat ihm zunehmende Verantwortlichkeit aufgebürdet. Der größte Dienst, den er Indien leisten kann, besteht in der dichterischen Formung der Volksfahrt Indiens an die Welt. Der Dichter ist bestellt aufrichtig zu forschen, daß Indien keine falsche oder schwächliche Wohlthat ausübt. Selbstverständlich würdigt er den Auf seines Landes eifrigst zu wahren. Er sagt, er habe sich die größte Mühe gegeben, sich selber mit den gegenwärtigen Bewegungen in Übereinstimmung zu bringen. Er gesteht, daß ihm das nicht gelungen. Er kann im Ärm und Geiste der Non-Cooperation nichts finden, was ihn zu begleiten vermagte. In drei kraftvollen Briefen hat er seine Befürchtungen ausgedrückt und ist zum Schluß gekommen, daß die Non-Cooperation nicht würdig genug sei für das Indien seiner Vision, daß die Non-Cooperation eine Doktrin der Vereinigung und Verständigung sei. Er fürchtet, sie sei eine Doktrin der Absonderung, Abschließlichkeit, der Beschränkung und der Verneinung.

Kein Indier wird etwas anderes als Stolz empfinden über die eile Eiferlust, mit der der Dichter Indiens Ehre behauptet. Wie gut, daß er uns seine Belohnung in einer Sprache mitgeteilt, die ebenso schön als klar ist.

Ich möchte in aller Bescheidenheit versuchen, den Dichters Zweifel zu beantworten. Es mag sein, daß es mir nicht gelingt, ihn zu überzeugen oder den Leiter, der sich von seiner Verantwortlichkeit hat zu führen lassen, aber ich möchte ihm und Indien versichern, daß die Non-Cooperation in ihrer Art nichts von allem ist, was er fürchtet. Und er hat keine Ursache, sich zu schämen für sein Land, weil es die Non-Cooperation angenommen. Wenn sie auch in ihrer Anwendung schlichtlich verlogen sollte, so wäre das nicht der Fehler der Leute, sowohl man es der Wahrheit zuzuschreiben dürfte, wenn die, die sie im Leben anwenden, keinen Erfolg hätten. Die Non-Cooperation mag vor ihrer Zeit gekommen sein. Dann müssen Indien und die Welt eben warten. Aber Indien hat keine andre Wahl als die zwischen der Gewalt und der Non-Cooperation.

Der Dichter braucht auch nicht zu fürchten, daß die Non-Cooperation bestimmt sei, eine chinesische Waffe zu bilden zwischen Indien und dem Westen. Die Non-Cooperation soll im Gegenteil den Weg bahnen für eine wirkliche, ehrenhafte und freiwillige Kooperation, die sich auf gegenseitige Rücksicht und gegenseitige Vertrauen gründet. Der gegenwärtige Kampf wird unternommen gegen die gewaltsame Kooperation, gegen die einseitige Verbildung, gegen die bewaffnete Ausdrückung der neuen Ausbeutungsverhältnisse, die sich unter dem Namen der Zivilisation verborgen.

Non-Cooperation ist der Protest gegen eine unwillkürliche und unwillkürliche Beteiligung am Krieg. Der Dichter ist ganz besonders um die Studenten besorgt. Er ist der Ansicht, daß man sie nicht hätte gemorden, „nein“ zu sagen an der Regierung. Indien

Die Einladungsbedingungen Macdonalds

Frankreich gegen eine „Verwässerung“ des Vertrages von Versailles

Telexgramm unseres Korrespondenten

oh. Paris, 4. Juli
Ohne Überleitung kann man sagen, daß die Veröffentlichung einer „Morning Post“-Meldung über die Einladungsbedingungen Macdonalds zur Interalliierten Konferenz am 1. August bestimmt wurde. Man ist hier sehr enttäuscht, daß eine solche Meldung in die „Morning Post“ gelangen konnte. Es heißt darin, daß Macdonald eine bestimmte Feste für die Räumung des Ruhrgebiets stellen will, und daß er die Absicht habe, künftig die Reparationskommision ganz aufzulösen. Hier wird selbst in regierungsfreudlichen Kreisen erklärt, daß Frankreich auf derartige Bedingungen als und immer eingehen würde.

Sein auch der Verfaßter Vertrag eine Erweiterung erfahren sollte, so sei es ausgeschlossen, die Machtbefugnisse der Reparationskommision zu übergeben und unter dieser bereits bestehenden Körperhaft einen neuen Aufschub zu bilden. Man darf, so wird an zähleriger Stelle erklärt, den Verfaßter Vertrag nicht in einer solchen Form revidieren. Herrlot erwies gestern den englischen Botschafter, um ihm verschiedene Mitteilungen über den französischen Standpunkt zu machen. Soweit Informationen blieben in die Defensive gedrungen sind, läßt sich sagen, daß Herrlot zwischen der Räumung des Ruhrgebiets und der Beendigung der Militärfunktion in Deutschland einen Zusammenhang herstellen wünschte. Insolgedessen

sieht Herrlot eine Verlängerung der Okkupation des Ruhrgebiets in London zu erreichen. So den in der „Morning Post“ mitgeteilten Vorschlag betrifft, nämlich das internationale Schiedsgericht im Haag zur Schlichtungsinstanz in allen Reparationsstreitigkeiten zu machen, so wird hier mitgeteilt, daß wahrscheinlich die Vereinigten Staaten hierauf den größten Wert legen und ihre Beteiligung an der interalliierten Konferenz von der Annahme dieses Punktes abhängig machen. In Pariser diplomatischen Kreisen ist man aber nicht geneigt, ohne weiteres daran einzugehen. Man sieht auch hier eine Verwässerung des Verfaßter Vertrages und einen Schritt zur Revisions der Reparationsklausen. In der letzten Kommissionssitzung des Senats machte Herrlot die Mitteilung, daß er auf keinen Fall ohne gewisse Pfänden die Ruhr räumen werde. Man hält ihm jetzt in der nationalistischen Presse dieses Vertrages vor und bringt es in Zusammenhang mit den Mitteilungen der „Morning Post“. Infolgedessen sieht Herrlot gähnend, ein energisches Dementi gegen den Bonner Bericht auszugeben. Dieses Dementi beweist, mit welcher Kervosität der Ministerpräsident gegenwärtig die öffentliche Meinung in Frankreich zu beruhigen sucht. Das Geheim der Nationalisten wirkt nicht nur in Paris, sondern wie es scheint, auch in den Provinzen. Zahlreiche Parteititel werden jetzt veröffentlicht, um

Herrlot in den Verdacht zu bringen, er wolle den Verfaßter Vertrag auf der interalliierten Konferenz in London umwerfen. Dazu kommt, daß die aus Berlin eingetroffenen Delegierten über die Haltung der deutschen Industrie zum Ruhrplan einen gewissen pessimismus in Regierungskreisen ausgelöst haben. Auf dem Danziger wurde von einigen Herren gesagt, man wisse noch nicht, ob die Konferenz am 18. Juli werde zusammentreffen können.

Macdonalds vier Punkte

oh. Paris, 5. Juli. Neben den Inhalten der Einladungen verschiede, teilt der Londoner Verlegerhatter des „Echo de Paris“, zugleich mit dem diplomatischen Mitarbeiter der „Morning Post“ (Paris), den Bericht unseres Pariser Korrespondenten (v. Red.) folgendes mit:

Es wird zunächst erklärt, daß der Sachverständigenentwurf nunmehr von allen Ländern gebilligt worden ist. Die Interalliierte Konferenz hat ausschließlich einer Verhandlung über die Mittel zu gelangen, um ihn auszuführen. Der Bericht der Sachverständigen schließt für Deutschland Verpflichtungen ein, die nicht in die vierter Vertragsstrecke festgelegt worden sind. Es ist deshalb ein Abkommen nötig, daß alle Länder zur Unterzeichnung unterbreitet werden, was die endgültige Verantwortung bei der Ausführung des Sachverständigenberichtes haben, also sowohl Deutschland als auch den alliierten Ländern. Damit dieses Abkommen nicht die Gestalt einer Vereinigung am Friedensvertrag annimmt, muß ein Protokoll unterzeichnet werden, das folgende:

Vier Punkte

1. Die Signatarmächte stimmen dem Bericht der Sachverständigen zu.

2. Zu einem Zeitpunkt, der von der Konferenz noch näher bestimmt werden muß, müssen die Deutschen alle entlastenden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Sachverständigenplanes getroffen haben.

3. Alldeutn wird ein weiterer Zeitpunkt, der zwei bis drei Wochen nach dem ersten liegt, festgestellt werden, bis zu dem die Alliierten alle Sanktionen, die augenblicklich wirtschaftlich und finanziell gegen Deutschland zur Anwendung gebracht werden, aufzugeben haben müssen.

4. Die alliierten Mächte veröffentlichen sich, keine Sanktionen anzuwenden, es sei denn, daß Deutschland die eingeschlagenen Verpflichtungen in erster Weise verletzt. Jede Verlegung Deutschlands in der Zukunft muß durch einen neuen Organismus neu verfügt werden, der unabhängig und außerhalb der Reparationskommision steht, da die neuen Verpflichtungen, die Deutschland übernehmen wird, nicht im Rahmen des Verfaßter Vertrages liegen. Alle diese vier Punkte, die das unzureichende Protokoll nicht interessieren kann, müssen vom internationalem Schiedsgericht im Haag geschlichtet werden.

Diese Darstellung wird heute abend vom „Telegraphen“ in seinem Heimatort offiziell inspiriert. Deutlich darüber hinausgestellt, daß die schiedsgerichtliche Entscheidung des Haager Schiedsgerichtes von dem Sachverständigenbericht selbst für den Fall von Meinungsverschiedenheiten auf dem Gebiete der am häufigsten deutschen Eisenbahnoorganisation vorgesehen sei, und daß andererseits der Sachverständigenbericht für ein Vertragen der als Garantie dienenden deutlichen Budgetkapital internationale Verhandlungen der interessierten Länder vorbereite.



wohlverlegte Weigerung, mitzuarbeiten, gleicht dem wohwendigen Jäten, daß der Bauer desorgen muß, ehe er können kann. Jäten ist für die Landwirtschaft ebenso wichtig wie Eisen. Sogar während der Zeit, da das Getreide mächtig nach die Käppel, wie jeder Landwirt weiß, fast lächlich gebraucht werden. Durch die Non-Kooperation lädt die Nation die Regierung ein, mit ihr auf Grund ihrer eigenen Bedingungen zusammenzuarbeiten, wie es das Recht jeder Nation und die Pflicht jeder Regierung ist. Die Non-Kooperation ist die Erklärung der Nation, daß sie nicht länger unter Vorherrschaft stehen möchte. Die Nation hat zu ihrer Verteilung, natürlichen und religiösen Freiheit der Non-Kooperation neigt, sollt an der unumstößlichen und irreligenden Freiheit der Volks. Und wenn Indien überhaupt je ein Swaraj nach der Vorstellung des

Dichters erlangt, wird ihm das nur durch die non-violente Non-Kooperation gelingen. Er möge immer seine Friedensbotschaft ausgeben lassen in die Welt und vertrauen, daß Indien durch die Non-Kooperation — sofern es seinem Gelübde treu bleibt — seiner Botschaft ein Beispiel sein wird. Die Non-Kooperation soll dem Patriotismus gerade die Bedeutung verleihen, nach der der Dichter sich schaut. Ein Fall Indiens vor den Augen Europas kann der Menschheit nichts bedeuten. Von einem ernsthaften und freien Indien aber wird eine Botschaft des Friedens und guten Willens ausgehen an eine ganze schwere Welt. Die Non-Kooperation ist bestimmt, ihre die Plattform zu verschaffen, von der aus sie diese Botschaft verkündigen kann.

Vorstandes des Reichsverbandes vorhanden war.

In der "Deutschen Tagesszeitung" wird in einer offensichtlich von parteipolitischer Seite zugesagten Darstellung die Verhandlung in der Hauptrichtung aufmerksam wiedergegeben. Es wird dort behauptet, daß eine gewandte Regie die angeblich starke und entschiedene Opposition in einen Nachteil dadurch versegt habe, daß nur zehn Minuten Redezeit erlaubt wurden. Darauf ist zunächst zu sagen, daß dieser Antrag auf Beschränkung der Redezeit ohne Wissen der Bandesleitung und Geschäftsführung gestellt worden ist; dann ist dieser vor der Versammlung gegen eine Minorität von ganz wenigen Stimmen angenommene Antrag von dem Vorsitzenden äußerst übertrieben durchgeführt worden, und zwar insbesondere gegen das Mitglied der Deutschen Industriellen Vereinigung, Herrn Kommerzienrat Krawinkel, dem die meiste als dreifache Redezeit zur Verfügung stand. Rämentlich haben weder Herr Kommerzienrat Krawinkel noch ein anderer Oppositionsredner einen politiven Vorschlag gemacht, wie ohne eine Eingangsrede das Sachverständigenausschuß als Verhandlungsbasis für die Lösung des Reparationsproblems die besetzten Gebiete bestellt — eine vom Reichsverband fest gestellte Voraussetzung für die Annahme und Durchführung des Sachverständigenausschusses — und die deutsche Wirtschaft vor dem vollen Untergang gerettet werden können.

Die zweite Lesung des Eisenbahngesetzes beendet

B. Berlin, 4. Juli. (Kap. Dräherbericht) Das Organisationskomitee für die Eisenbahnen verbreitete kurz ein Communiqué, in dem es die von uns bereits gebrachte Meldung, daß die zweite Sitzung nun abgeschlossen sei, bestätigt. Die ausländischen Botschafter haben zum Teil Berlin bereits verlassen. In den Kommuniqués äußern sie sich sehr befriedigt über den Fortgang der Arbeiten, die in mehr als 20 Sitzungen geführt worden seien. Nur der gute Wille und soziale Zusammenarbeit könnten, so heißt es, in dieser kurzen Zeit einen so wichtigen Plan, wie die Organisation des neuen Reichsbahn, die größte dieser Art in der Welt, aufzustellen bringen. Die letzte Sitzung findet am 10. Juli in London statt. Es sind noch Fragen rechtlicher und finanzieller Art zu regeln, für die die notwendigen Unterlagen nicht vorhanden waren. Die Londoner Beratungen werden nur wenige Tage dauern. Gegen den 18. oder 20. Juli hofft das Komitee, dann der Reparationskommission den Entwurf vorlegen zu können. Es dürfte somit, wie wir bereit vermuteten, mit einer Beratung der Gesetzentwürfe im Reichstag vor der Londoner Konferenz auf keinen Fall zu rechnen sein.

Briten least, durchgeführt und unternommen und vollständig sindend. Ob welche Eigenschaften Welt zu erwerben?

Mittteleuropa

London, 4. Juli. (Kapitalistische Abgeordnete "Daily Herald", dem denen er Mittteleuropa haben n. u. nach folgen. Die große Zentrale Europa leidet die Städte-Märkte seien lig. In den Wahlen solche Werthälfte-Daimlerwerke erzeugt, obwohl Monate haben. Revolverpistolen sogen. Nun manne jenseits, Waffenbewehrte teil und aus Polen heraus bereit worden sind. Deutschen Standarte übernehmen werden, davon Kenntnis hätte, daß, trübsinn Herren ein sehr starter Einfluss an zu bewertheiligemsonnlichen Erscheinungen führen.

Den Heimkehr

Berlin, 3. Juli. (Kap. Gebiete, Dr. Ernst auf den Heimkehr)

Als Reichsabgeordnete mir ein Herzschub wieder in ihre Heimat zurückkehren können, heralliche Gräber die schweren Leiden mit der Ausdehnung

regierung hat jetzt

solches Herzschlags be-

gesehen, was in ihren

Landen der Heimkehr

schlägt, so will

gerade in diesem

heralichen Dan-

ken und die Be-

sonderen Leidern

zu gelebt haben, und

die nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, wird

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

ausruht, und

die heile die Hoff

sche nun ermöglicht ist,

der sich dieser

Vorbericht

heute laut, barschlos und alles, was nicht nach vorne mutten und stehend steck schmeckt, hört sonst hindern. Es ist nicht schwer, zu merken, auf welche Eigenschaften es ankommt, wenn es gilt, die Welt zu erobern.

Über Palästina, wo außer den salomonischen Tempeln die neuzeitlichen Hochstätte in der Rückbildung des Jordanwassers gezeigt werden, und weiter über Syrien und Malta, das seine abenteuerliche Geschichte als ins meistliche Reitertum und am Feuerholzlanden zurück vor Augen führt, fehren wir nach England zurück, wo einem einfältigen Dominion, das jüngst in dieser Wärde und an nördlichen liegenden, in Wembly nicht vertreten ist, der irische Freistaat. Ulster tut sich im Rahmen des United Kingdom kräftig hervor; aber Südrland hatte wohl das Feld nicht, vielleicht schlägt es auch an der rechten Luf, hier mitzumachen. Der irische Staat tritt der Welt freilich auch ohne Beklame. Und was folgten Ernst Schone sonst zum Ruhm des Empire beitragen?

Mitteluropa ein Waffenlager

London, 4. Juli. Die Entwicklungen des sozialistischen Abgeordneten und Pazifisten Morel im "Daily Herald", dem Organ der Arbeiterpartei, in denen er Mitteluropa als Waffenarsenal schildert, enthalten u. a. noch folgende bemerkenswerte Einzelheiten:

Die größte Zentrale Mittelwaffenzergung in Zentral-europa seien die österreichischen Werke. Nach den Stobs-Werken an der Kriegserzeugung beteiligt. In Wien, Mödling, Eugendorf und Blumau seien solche Werkstätten, und auch die österreichischen Daimlerwerke erzeugen Waffen. Wahrend der letzten achtzig Monate habe Jugoslawien aus diesen Fabriken eine Million Maschinenpistolen, eine Million Revolverpistolen sowie 183 Wagons Munition bezogen. Am ansehnlichsten hat große Anstrengung für Explosivstoffe, Maschinengewehre, Munition und Scheinwerfer erstellt, und auch Polen hat große Räume geräumt, von denen bereits 3000 Stück neben anderen Posten geliefert worden sind. Diese Auslastung an die österreichischen Staatswerke könnten weder untergebracht noch aufgestellt werden, ohne daß die Reichsverteidigung verhindert hätte. Morel zieht daran den Schluss, daß trotzdem Österreich selbst sehr Friedliebend sei, doch ein sehr harter Kriegswillkührer, um diese Vierungen zu bewerkstelligen, da kriegerische Persönlichkeiten in den entscheidenden Kommissionen sitzen.

Den Heimkehrenden zum Gruß

Berlin, 3. Juli. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Hösle, veröffentlicht folgenden Brief an die Heimkehrenden:

Als Reichsminister für die besetzten Gebiete ist es mir ein herzensbedürftnis, allen Deutschen, die jetzt wieder in ihre Heimat am Rhein und an der Ruhr zurückkehren können, namens der Reichsregierung herzlichste Grüße zu überbringen. Ich kenne die schweren Leiden und die drückenden Sorgen, die mit der Ausweisung verbunden waren. Die Reichsregierung hat seitdem für die Not der Ausgewiesenen volles Verständnis bewiesen; sie hat dieselben und materiell gesiezt, was in ihren Kräften steht. Wenn jetzt die Gründe der Heimkehr viele trennungsfreie Staatsbürgerschaft erlangt, so will es die Reichsregierung unbedingt in diesem Augenblick nicht an dem herzlichen Dank schließen lassen für das treulich die Bewährtheit, das alle die an den Tag gelegt haben, die dem Vaterlande in schwerer Zeit nur dieses hoher Himmel ist.

Ich hoffe die Hoffnung, daß diejenigen, deren Rückkehr nun ermöglicht ist, bald wieder an eignen werden. Für diejenigen, deren Rückkehr noch nicht ermöglicht ist, wird sich noch wie vor die Reichsregierung wärmtend einsetzen, um auch von ihnen Zorge und Not zu nehmen.

Deutscher Opferstag

Am 3. August

Berlin, 3. Juli. Die Reichsregierung hat, wie wir erfahren, beschlossen, am 3. August eine Gedächtnisfeier für die vom deutschn Volke im Weltkrieg abgebrachte Opfer zu veranstalten. Einzelheiten darüber werden noch bekanntgegeben werden. Daneben soll auch in diesem Jahre der Begegnungstag am 11. August in der üblichen Weise gefeiert werden.

In seine Brusttasche griff er und legte eine Pistole hin auf den Tisch.

"Ach, dem Tiefen bin ich verfallen", sprach er, "aber mit dem Wasser mit der nie schieden Auseinandersetzung, will ich nicht über die Macht, mit allen Ecken und Kanten über die Macht, über sie gestellt."

Der Vater bedenkt, daß Hoffmann seine Geschichte unter dem Eindruck der Berliner Eröffnung des Reichstags erzählte.

Herr Rothhaar war in seinem Sessel völlig zusammengezogen und saßte den wilden Menschen, seinem Sohn, mit verschlossenen Augen an.

Der hatte hinter sich geprägt und blickte dem Entschlaf einen — dämonische Salomithur unter die Füße, die er unverstehens entstellt des Pfeiles von einem Feuer auf dem Tische gerissen ...

In dieser Situation übertrat Rosa, die mit ihrem Sohn eintrat, die Scène.

Ein Kindstrotz erschütterte in ihrer Schle, dem herzlichen, überheblichen Vater folgte, konnte sie doch nicht anders denken, als daß die beiden dem Herrn nicht aufsicht zuwohnen.

Sam und Gemütsleib ergriffen das Herz des durch den glücklichen Abstand glücklich zur Behinnung des Einflusses gekommenen Liebhabers, der das verhängnisvolle Pfeil unvermerkt in den kalten Seins des Vaters vergraben hatte. Die Gemütsexplosion mit den begleitenden Illusioen hatte sein inneres Gleichgewicht völlig wiederhergestellt.

Der gute Weißer fand in dem Weinrank des Raumes das erlösende Wort: "Champagner!"

Herr Rothhaar, der sich rasch wieder erholt hatte und seiner Gemütsleib ein auf Teil seiner Gewissenswirke genial war, verlor seine Fassung. Und es gelang die Dame, daß die beiden drei Könige, an diesem Abend in gemeinsamer Erhaben, noch manchem artigen Witzeklein den Hals gebrochen ...

— Programm für Sonnabend, Opernhaus: "Winterschlaf des Casanova", 18. — Schauspielhaus: "Gebürtiger" — Schauspielhaus Oper am Albertplatz: "Orpheus in der Unterwelt", 18. — Neues Theater im Hause der Kaufmannshaus: "Casarons Tante", 18. — Residenztheater: "Der lachende Chemnitz", 18.

— Mitteilung der Sachsischen Staatsoper, Opernhaus: Sonntag: "Die Meistersinger von Nürnberg" mit Plotsche, Gottsche, Götsch, Gräfin, Schmalzauer, Louisa, Zonne, Grete, Willy, Helene, Jung. Musikalische Leitung: Gustav Mahler. Spielzeit: 10 Uhr. Anfang 10 Uhr.

— Mitteilung der Oper am Albertplatz: Sonnabend 5. Juli wird Offenbachs "Orpheus in der Unterwelt" zum ersten Male aufgeführt. Die Hauptrolle wird besetzt mit den Damen Vorh. (Caro-

Die ehemalige Thüringer Regierung vor Gericht

• Weimar, 3. Juli. Heute begann vor dem Schöffengericht Weimar der Prozeß gegen den ehemaligen thüringischen Minister des Innern Hermann Kunze und die Kreisdirektoren Louis Renner und Heinrich, Adolf Hörschelmann und Glenach, Ferdinand Sultan und Neba sowie Edmund Koch-Gotha. Es sind etwa 30 Zeugen geladen, u. a. die früheren thüringischen Minister Gräßig und Hartmann. Von der Verteidigung ist u. a. der preußische Innenminister Werner geladen.

Die heutige Verhandlung befaßte sich in der Hauptfrage mit der Feststellung der Personalien der Angeklagten und der Erörterung der ihnen zur Last gelegten Verbrechen bzw. Vergehen. Es wird behauptet, daß die Angeklagten Hermann und Kunze Ende Oktober und im November sowie im Dezember 1923 im zahlreichen Hallen gemeinsam und vorläufig rechtlich verhandelt und Tatsachen falsch bearbeitet, auch Urfunden vernichtet und dabei in der Absicht gehandelt haben, andere Vermögenswerte zu verschaffen. Der Angeklagte Renner wird bestreitet, daß er als Beamter Steuer, wie den vorerwähnten, falschen Tatsachen bearbeitet hat, indem er verschiedene Daten änderte. Dasselbe stellt wird dem Kreisdirektor Hörschelmann und dem Kreisdirektor Sultan eine Urteile. Der Kreisdirektor Koch soll im Jahre 1923 einige Anstellungserwerke sowie verschiedene Daten geändert haben. Als Beweismittel für diese Anschuldigung dienen u. a. aus die in Betracht kommenden Personalakten.

Die Angeklagten Renner und Kunze geben die ihnen zur Last gelegten Straftaten teilweise zu. Staatsminister u. a. noch folgende bemerkenswerte Einzelheiten: Die größte Zentrale Mittelwaffenzergung in Zentral-europa seien die österreichischen Werke. Nach

Dolgeschweizer Haushaltsaufsicht

In Dresden bei Niederstrub sitzt, wie aus Stuttgart gemeldet wird, die Deutsche und Russische Haushalt eines baufälligen Hauses ein, als die Bewohner bei Tische sitzen. Ein drei Monate altes Kind wurde von den Trümmern erschlagen, ein anderes, 1½-jähriges Kind erlitt schwere Verletzungen und schwelt in Lebensgefahr. Die Mutter konnte sich retten. Schon im Januar war von der Behörde der Haushälter zur gründlichen Instandsetzung des baufälligen Hauses aufgefordert worden, hatte aber nichts unternommen.

Die registrierten Brüder

Eine Abenteuerin hatte sich wegen Vergnügungsversuch und Urlaubsfahrt vor dem Gericht in Bremen zu verantworten. Es handelt sich um die thüringische Pauline Altröpa, die im Jahre 1915 in Düsseldorf einen angeblichen Fürsten und russischen Oberleutnant gehabt und auf der Flucht vor den Bolschewiken in den Balkanländern ein Abenteuerleben geführt haben will. Bulewitz trat sie in Berlin zu einem Kaufmann in Beziehungen. Um den jungen Mann zu fesseln, erzählte sie ihm, daß ihr Vater unter Haftstellung großer Reichtümer plötzlich gestorben sei. Die thüringische Regierung habe ihr mitteilen lassen, daß sie 30 Millionen Goldmark auf der Londoner Börse hinterlegt worden seien. Zur Beleidigung dieser Behauptung zeigte sie gefälschte Schriftstücke. Der junge Mann sah sich schon als Inhaber einer Großbank in Konstantinopel, die er mit der Erdbeute der Fürsten gründen wollte, und entließ sich von seinem in Bremen lebenden Vater im Hinblick auf die Erdbeute anderer Brüder. Als der Vater Bedenken kannte, fragte ihn die "Schwiegertochter" kurz entschlossen, zu befehligen und gab ihm vierzigtausend Mark, um die Reise fortzusetzen. Der Kreishauptmann wurde auf sofort genehmigt. Der Kreishauptmann wurde auf sofort genehmigt. Auch sie ließte man sie, daß die Schwiegertochter aus der Wohnung Schmutzstücke und anderes Sachen geworfen hatte. Das Urteil lautete auf 5 Monate Haft.

Büro für um jeden Preis!

Um einen Büro für um jeden Preis! fragen zu können, daß eine junge Kontoristin aus Rosenthal (Nordhessen), wie aus Berlin berichtet wird, zu einem sonderbaren Mittel gegreift. Die Eltern der jungen Dame hatten nicht befürchtet, daß ihre Tochter die erlaubte Haartracht trage. Charlotte ist groß ausgebildet. Sie kam eines Tages von ihrem Abendspaziergang mit stark verkrüpteten Haaren zurück, bevor sie zur nächsten Polizeiwache und meldete, daß ein unbekannter Mann in Wilhelmstraße habe vergewaltigt wollen. Sie hätte sie an Boden gerissen, wenn sie nicht durch ihren Hund gerettet worden wäre. Im letzten Moment habe der Unbekannte mit einem scharlachroten Instrument die Zähne abschneiden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei hatten das überraschende Ergebnis, daß nach wiederholten Kreuz- und Duerfragen das junge Mädchen gekündigt, den "Liebesbrief" erkannt und sich selbst das Haar gefügt zu haben, so daß ihr nun nichts anderes übrigblieb, als sich nun die erlaubte Frisur zurückzunehmen zu lassen.

Die verbotene Wahlkagelkunst

Die Wiener Polizeidirektion hat in einer Kundgebung zur Wahrung der gesetzlichen Ordnung und im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt, für den Wiener Polizeikorps die entsprechende Ausübung der, sei es in der Form der Handlinienfestschrift, der Graphologie, des Kartenausschlags, der Wahlkagelkunst, Sternenkreisfestschrift, sei es unter anderem Bezeichnungen verschiedener Autographen, desgleichen auch die Gestaltung jeglicher, anlässlich des bezeichneten Anlasses unvermommen Verbreitungen — insbesondere auch die Erstellung einschlägiger Zeitungsanführungen — untersagt. — Anmerkt ist, daß dieses Verbot nur für den Wiener Polizeikorps erfolgt ist; die Wiener Polizeikorps und Sternenkreis werden wohl in die Umgebung auswandern und die Wiener werden nun in den reizenden Reihen des Wiener Waldes ebenso nach dem "Heiraten" wie nach dem "Bauflugten" suchen können.

Pariser Briefmarkenversteigerung

Die 10. Ferriari-Briefmarkenausstellung hat in einer Kundgebung zur Wahrung der gesetzlichen Ordnung und im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt, für den Wiener Polizeikorps die entsprechende Ausübung der, sei es in der Form der Handlinienfestschrift, der Graphologie, des Kartenausschlags, der Wahlkagelkunst, Sternenkreisfestschrift, sei es unter anderem Bezeichnungen verschiedener Autographen, desgleichen auch die Gestaltung jeglicher, anlässlich des bezeichneten Anlasses unvermommen Verbreitungen — insbesondere auch die Erstellung einschlägiger Zeitungsanführungen — untersagt. — Anmerkt ist, daß dieses Verbot nur für den Wiener Polizeikorps erfolgt ist; die Wiener Polizeikorps und Sternenkreis werden wohl in die Umgebung auswandern und die Wiener werden nun in den reizenden Reihen des Wiener Waldes ebenso nach dem "Heiraten" wie nach dem "Bauflugten" suchen können.

Die Gründe des polizeilichen Vorgehens

B. Berlin, 4. Juli. (Via. Drahtbericht.) Am

unmittelbarer Seite wird uns als der allgemeine Ein-

druck der gestrigen Ministerbesprechungs-

gesellschaft, daß die Reichsregierung aus ihnen

einiges zu erwarten hofft.

Das Ergebnis der Ministerkonferenz

B. Berlin, 4. Juli. (Via. Drahtbericht.) Am

unmittelbarer Seite wird uns als der allgemeine Ein-

druck der gestrigen Ministerbesprechungs-

gesellschaft, daß die Reichsregierung aus ihnen

einiges zu erwarten hofft.

Das Ergebnis der Ministerkonferenz

B. Berlin, 4. Juli. (Via. Drahtbericht.) Am

unmittelbarer Seite wird uns als der allgemeine Ein-

druck der gestrigen Ministerbesprechungs-

gesellschaft, daß die Reichsregierung aus ihnen

einiges zu erwarten hofft.

Das Ergebnis der Ministerkonferenz

B. Berlin, 4. Juli. (Via. Drahtbericht.) Am

unmittelbarer Seite wird uns als der allgemeine Ein-

druck der gestrigen Ministerbesprechungs-

gesellschaft, daß die Reichsregierung aus ihnen

einiges zu erwarten hofft.

Das Ergebnis der Ministerkonferenz

B. Berlin, 4. Juli. (Via. Drahtbericht.) Am

unmittelbarer Seite wird uns als der allgemeine Ein-

druck der gestrigen Ministerbesprechungs-

gesellschaft, daß die Reichsregierung aus ihnen

einiges zu erwarten hofft.

Das Ergebnis der Ministerkonferenz

B. Berlin, 4. Juli. (Via. Drahtbericht.) Am

unmittelbarer Seite wird uns als der allgemeine Ein-

druck der gestrigen Ministerbesprechungs-

gesellschaft, daß die Reichsregierung aus ihnen

einiges zu erwarten hofft.

Das Ergebnis der Ministerkonferenz

B. Berlin, 4. Juli. (Via. Drahtbericht.) Am

unmittelbarer Seite wird uns als der allgemeine Ein-

druck der gestrigen Ministerbesprechungs-

gesellschaft, daß die Reichsregierung aus ihnen

einiges zu erwarten hofft.

Das Ergebnis der Ministerkonferenz

B. Berlin, 4. Juli. (Via. Drahtbericht.) Am

unmittelbarer Seite wird uns als der allgemeine Ein-

druck der gestrigen Ministerbesprechungs-

gesellschaft, daß die Reichsregierung aus ihnen

einiges zu erwarten hofft.

Das Ergebnis der Ministerkonferenz

B. Berlin, 4. Juli. (Via. Drahtbericht.) Am

unmittelbarer Seite wird uns als der allgemeine Ein-

druck der gestrigen Ministerbesprechungs-

gesellschaft, daß die Reichsregierung aus ihnen

einiges zu erwarten hofft.

Das Ergebnis der Ministerkonferenz

B. Berlin, 4. Juli. (Via. Drahtbericht.) Am

unmittelbarer Seite wird uns als der allgemeine Ein-

druck der gestr

Uns Stadt und Land

Dresden, 4. Juli

Die Vogelwiese beginnt

Seit Wochen schon soll man draußen auf den Elbwiesen bei "Unions" tausend stolze Hände bewundert. „Vogelwiese“, wieder erzählen zu lassen. Doch es kann nicht fehlstellen: Die Vogelwiese 1924 wird umfangreicher sein als in den letzten Jahren. Es wird, hofft man, so sein wie in den Friedensjahren. Wenn morgen mit dem Rat der Jahrhundertfeier Tradition, der große Vogel aufgegessen wird, Böllerläufe und Fanfarensalut das Etwas entlang rollen, wird der alte gesellige Sauber der Seite einfüllt sein. Eine Woche lang wird der Wind den Duft der Kräuter und Rossmariniwürste, den Klang und Hall des Volksfestes in die Stadt tragen und uns einladen. Ein Stück Romantik wird alljährlich in der Dresdner Vogelwiese lebendig. Für den alten Dresdner verbindet sie mit ihr kindheitserinnerungen, Erinnerungen an erste lustige Schritte. Für den Freund der Heimat ist sie ein lebenswertes Stück Geschichte.

1877 wurde urplötzlich die Dresdner Vogelwiese, die bis dahin als Blumenschlehen im Schießgassel gefeiert worden war, zum ersten Male in größerem Rahmen auf den Elbwiesen vor dem Siegeltorlage abgehalten, wo der Rat auf Wunsch des Auktionärs August ein geeigneter Gelände zur Verfügung gestellt hatte. Diese Verlegung und Vergrößerung scheint sich bewährt zu haben, denn im Jahre 1878 schreibt der Kurfürst an den Rat:

"Weil und denn selbst bewusst, daß der jährlinge Schießplatz so weit nicht gelegen ist und für überzeugende Lente zu eßlich wohin beschädigt werden, so begern wir und befieheln euch hiermit gern, daß die bewohnte Wiese ihrem Verlust noch gewinnt ist. Ihr werdet Ihnen dieselbe, sitemal es zur Leitung gemeiner Bürgerhoft gereicht, einräumen und ein hübsches sommert einer Vorstellung daraus zu machen verstellen." (Hauptstaatsarchiv, Kopiale 1578.)

So ist denn das Jahr 1877 in den Alten der Privilegierten Vogelschwängeleßheit als das Anfangsjahr der großen Dresdner Vogelwiese angenommen worden. Nach sechzig Jahre sollte dieser Platz einen unerhörten Blütenraum von 35 000 Quadratmetern, es war also, gemessen an der damaligen Bevölkerungsgröße Dresden, bereits ein recht stattlicher Schießplatz. Seit 1874, seit 50 Jahren also, wird die Vogelwiese auf dem heutigen Festplatz abgehalten; Man sieht heute das sogenannte Blagjubiläum.

Vollstreckt sind, wie alles Menschenwerk, dem Urteil, der Kritik der Volksfreunde unterworfen. Sie sind aber auch an die Vorstufen der Behörden gebunden. Die Kritik hat vieles zu tun. Niemand weiß besser — so schreibt uns der Vorsteher des Privilegierten Vogelschwängeleß, fabrikbezirker Schwerz! — als die „Väter“ des Vogelwiese, daß noch vieles zu tun bleibt, um endlich ein ideales Volkstheater zu schaffen. Wie schwer das ist, ahnen wenige. Alljährlich werden kleine Fortschritte gemacht, herzhaft, daß Aufseßherrn entfernt, gutes Neues heranzuziehen versucht wird. Auf diesem Wege der Ausdauer und Geduld ist bestreitet, wollen, daß die Vogelwiese von heute eine und bestere ist, als die vor 50 Jahren. Die große, entscheidende Wende zum volkstümlichen, zum vollwertigen Volkstheater im modernen Sinne hat freilich noch nicht gelingen wollen. Der wirtschaftliche Niedergang der letzten Jahre hat es mir sehr gehabt, daß die Vogelwiese der Kriegsschäden mit Verlusten abgeschlossen haben. Darunter mußte der Ausbau des Festes nach idealen und volkstümlichen Gesichtspunkten leiden. Nun kommt hoffentlich eine Zeit, die uns eine Befriedung und Beständigkeit unseres Wirtschaftslebens bringt. Dann wird mit dem Weitererhalten des Wagnis, auch an dem sogenannten „Veredelung der Vogelwiese“, an ihrem Bau zu einem vollendet schönen Volkstheater gearbeitet werden können.

Koloradofäfer - Gefahr

Vermisch durch amerikanische Truppenverbände während der Kriegszeit in Frankreich der Koloradofäfer eingeschleppt worden und hat sich dort rasch ausgedehnt, das nun mehr bereits im Deutschen Reich, als verdeckt gelten müssen. Die Gefahr der Verschleppung des Schädlings durch Transporte der Bevölkerungsgruppen und nach Deutschland ist damit in bedrohliche Nähe gerückt. Mit Kartoffeln und sonstigen Gemüsefrüchten wird der Käfer leicht verbreitet. Schwarmweise überfliegt er vom Winde unterseit, auch weite Landstrichen, um dann ganz unerwartet irgendwo verheerend aufzutreten. Nur unter regelmäßiger Durchführung kostspieliger Abwehrmaßnahmen läßt sich der Koloradofäfer dort aufrechterhalten, wo der Käfer erst einmal beißlich geworden ist. Da er auch bei und kein Gebüsch findet, beweilen Einschleppungshäfen in den Jahren 1877, 1887 und 1894. Damals gelang es, durch sofortige energische Bekämpfungswahnahmen der Gefahr Herr zu werden. Das ist aber nur dann möglich, wenn jedes beobachtete oder vermeinte Auftreten ungestüm an die zuständigen Stellen gemeldet wird. Jeder, der Kartoffeln oder Tomaten anbaut, soll deshalb auf der Haut sein und Kartoffelblätter, die ratsch fortwährend zu weichen Kartoffeln führen, nicht unbeachtet lassen. Findet er an den Zweigen Blattreute oder orangefarbene, schwärzliche und grüne Larven mit schwarzen Seitenflecken, so ist er einen Zentimeter lange oval rotgelbe Käfer mit schwarzen Längsstreifen auf der sonst gelbgesärbten Oberseite, soll er unbedingt sofort Proben der geschädigten Pflanzen und des vorzuhenden Schädlings an die Handstelle für Pflanzenphysiologie, Dresden-A. 16, Südbulakee 2 (Telefon 3329), einsenden.

Tagung der kommunalen Arbeitgeber

Die Tagung der deutschen kommunalen Arbeitgeber fand lärmlich in Kloster statt. Die deutschen Städte, Landkreise, Landgemeinden, provinzialen Verwaltungen und sonstigen kommunalen Unternehmungen und Betrieb sind in 28 Landes- bzw. Provinzialverbänden und drei Sonderbezirken im Reichsarbeitgeberverbande Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände seit dem 8. Mai 1920 vereinigt. Bei der Tagung, die ein eindeutiges Bild bewußter und planmäßiger Zusammenarbeit und einheitlicher Ausübung in allen einschlägigen Fragen bot, hatten die Landes- und Provinzialverbände, die Sonderbezirke und auch viele Landesverwaltungen eine stattliche Anzahl von Vertretern entsandt. Das ganze Deutsche Reich war durch markante Persönlichkeiten des kom-

Ferien-Rehraus im Stadtparlament

Im Beginn der leichten Stadtverordnetenstaltung vor den Ferien wies Vorsteher Fischer die als Erzählmänner eingetretene Stadtverordneten Wißel, Hölder und Lade in ihr Amt ein.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden an den Rat mehrere

Formal Anträge

gestellt. St.-B. Bonk (Deutschland) wünschte sich dagegen, daß die Hoteliers und Gasthausbesitzer trotz dem Abschaff der Beberbergungsteuer die Zimmerpreise nicht um den Steuerbetrag erhöht, sondern erhöht haben. Der Rat erwiderte in einem Schreiben, daß eine Kontrolle ergründet habe, daß in den meisten Hotels, Gasthäusern und Pensionen die Preise herabgesetzt worden seien. In einigen Gasthäusern sei die Ermäßigung allerdings unterblieben, in einzelnen Fällen seien die Preise sogar erhöht worden. Durch die Organisation sei auf die Besucher eingewirkt und gegebenenfalls die Wiedereinführung der Beberbergungsteuer angebrochen. Die Kontrollen würden fortgesetzt werden.

St.-B. Apel (Deutsche Volksp.) erfuhr um Ausfall über einen Unfall auf der Auguststraße, dem eine Frau zum Toten fiel. Der Rat teilte daran mit, daß noch nicht festgestellt sei, ob der Unfall durch zu schnelles Fahren eines Autoführers verursacht sei. Die Polizei werde gegen zu schnelles Fahren mit allem Nachdruck und strengen Strafen vor gehen.

St.-B. Ludwig (Deutsche Volksp.) fragte, warum das Verkehrschauspiel auf dem Altmarkt noch nicht fertiggestellt sei. Der Rat erwiderte daran, daß eine Reihe von unverhinderten Umwälzungen die Firma Rehfeld an der Fertigstellung des Baues verhindert habe. Erst habe die Inflation die Firma verhindert habe. Erst habe die Inflation die Firma weiterkommen wollte, trat Walter Frost einz, dann verhinderten Streiks und die allgemeine Wirtschaftskrise die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden. Innerhalb vier Wochen solle der Bau zu Ende geführt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die soziale Verhandlung des Gutachtens versuchte, wurde ihm mit der Deutungswidrigkeit die Fertigstellung. Es müsse deshalb der Firma eine weitere Frist gewährt werden.

Zur Geschäftsvorordnung stellte St.-B. Schreyer (Kommu.) fest, daß ein Antrag seiner Partei auf

Bekanntmachung des Domes-Gesetzes nicht auf der Tagesordnung gestellt worden sei. Als der Redner in seinen Ausführungen auf das Dom-Gesetz verwies, trat Walter Frost ein, der Antrag verwehrt. Da er wiederholt die

Konsum-Verein Vorwärts

Manufaktur-, Konfektions- u. Schuhwaren-Geschäfte

Große Zwingierstraße 12-14 • Kesselsdorfer Straße 22
Königsbrücker Straße 38 • Freital, Dresdner Straße 104

Montag den 7. Juli beginnt unser

Inventur-Ausverkauf

Wir bringen in allen Abteilungen bei großer Auswahl bedeutende Preissnässse, teilweise auch unter Friedenspreis. Infolge der besonders in Industrie und Großhandel herrschenden Geldknappheit konnten wir größere Posten Waren hereinnehmen und stellen diese zu den billigsten Preisen unseren Mitgliedern zur Verfügung. Alle Mitglieder sollten diese günstige Gelegenheit wahrnehmen.

Kleidersstoffe, Baumwoll- und Leinenwaren

Cheviot, schwarz u. farbig	4.75—2.50
Serge, schwarz u. farbig	5.50—2.75
Kammgarn	7.50—3.50
Gabardine, 85 cm breit	5.45—3.75
Gabardine, 130 cm breit	7.50—4.65
Frotté, 100 cm breit	3.50—2.45
Homespun, 130 cm breit	5.50—4.75
Herrenstoffe, 140 cm breit	21.00—6.50

— Nur reinwollne Ware —

Kleidersstoffe, Schotten	3.50—1.25
Rockstoffe, Halbwolle	3.50—1.85
Blusenstoffe	6.50—1.35
Vollvolle, weiß, 115 cm	2.50
Vollvolle, bedr., 115 cm	4.50—1.85
Eoliene	6.50—4.50
Satinenrepon	21.00—15.00
Futterseite	12.00—5.50

— Nur moderne Muster —

Cloth und Serge, 140 cm	2.45
Doppeldruck, 80 cm	1.20
Perkal, 80 cm	78,-
Hamdenflanell, 70 cm	76,-
Millikörper, 75 cm	96,-
Rohflanell, 75 cm	98,-
Velourbarchent, 70 cm	69,-
Sommerbarchent, 70 cm	55,-

— Nur bessere Qualitäten —

Baumwoll-Musselin	1.50—75,-
Perkal	1.10—78,-
Zephir	1.50—85,-
Blaudruck	1.20—80,-
Schränkentwasser	1.85—1.50
Satin, einfarbig	1.30—1.35
Satin, bedruckt	1.90—1.35
Schlürzenleinen	2.50—1.25

— Nur farbechte Stoffe —

Tischtücher, Mundtücher, Wischtücher, Handtücher, Inlette, Stangenleinen, Damastie

Damen-, Mädchen-, Herren-, Kinder-Konfektion

Damenmäntel	60.00—12.50
Kostüme	75.00—16.50
Sportkostüme	42.00—24.50
Kostümrocke	35.00—5.50
Lodenmäntel	32.00—18.50
Gummimäntel	38.00—23.50

Flanelblusen	von 3.50 an
Zephirblusen	von 2.75 an
Perkalblusen	von 2.75 an
Volleblusen	von 3.75 an
Sportblusen	von 3.50 an
Satinblusen	von 3.75 an

Musselinkleider	von 3.50 an
Leinenkleider	von 7.00 an
Frottékleider	von 7.00 an
Vollekleider	von 8.50 an
Frotté-Frauenkleider	von 12.00 an
Kunstseid. Trikotkleider	von 24.00 an

Knaben-Waschanzüge	von 4.25 an
Kinder-Spielanzüge	von 3.75 an
Kleiner Waschanzug	von 7.75 an
Knaben-Leibchenhosen	von 3.50 an
Knaben-Kniehosen	von 3.50 an
Knaben-Stoffanzüge	von 12.50 an

Männer-, Jünglings- u. Sport-Anzüge, Mäntel

Arbeitshosen, Stoffhosen, Loden- und Lüster-Jackette, Maschinisten-Anzüge, Wäsche

In größter Auswahl zu äußerst billigen Preisen

Damen-Hemden
Damen-Bekleider
Damen-Nachthemden
Damen-Nachtjacken
Damen-Schlupfhosen

Sehr
Normalhemden
Normalhosen
Einsatzhemden
Makohemden
Makohosen

billige
Oberhemden
Sporthemden
Sportlätze
Chemise
Kragen

Preise
Sweaters
Badeanzüge
Sportlätze
Turnerhemden
Fußballhosen
Rucksäcke

größte
Strümpfe
Socken
Sportstutzen
Hosenträger
Krawatten

Auswahl

Damen-, Mädchen-, Herren-, Knaben-Siefel, Halbschuhe

Arbeiterschuhwerk, Schaffsiefel, Sandalen, Kord- und Lederpannoffel, Hausschuhe

Damen- und Herrensiefel

"Anna", Taffet mit Futteral und Naturgriffen 4.75

"Alma", solider Damensiefel, mit initiierten Horngriffen 5.75

"Mirakel", Halbsiefe, mit Futteral 7.50

"Taffet extra" in Halbsiefe, mit Naturgriffen 9.25

Emaille, Steingut, Porzellan, Aluminium und Eisernes Geschirr

Küchenwagen, Reibmaschinen, Wringmaschinen, Badewannen, Leiterwagen

Korbmöbel, Klubsessel, Bänke, Tische in Weide u. Peddigrohr

Trag-, Wäsche-, Kinder- und Reisekörbe, Handkörbe, Reisekoffer, Handtaschen

Der Sammlung
Entscheidung über
Reichsbund um
zu gegen 27 Stimmen
zu den Gesetzes
Wiederholungen und
Entscheidungen werden
den Kommunen
ausgeführt werden
richtiger für die
Stadt

Zum Staats
dem Bureau direkt
boten weiter und
zu bewilligen und
Beamten des Reichs
aufnahmen in
Aufwandsentschädigung
Abg. Hammel
haben nicht durch
Beschleunigung und
Zulassung könnten
habe ich erhalten.
Abg. Thiel
Angestellten höher
als die Dienst
haben mehr erhalten.
Ein Antrag
der Regierung
ist zurückgewiesen
andere Blätter zur
Deutschland

Zum Staats
die Genehmigung
Abg. Hölscher
ein Nachtrag
mit denen eine gute
wurde. Für die
Zeitung verbreitet
andere Blätter zur
Kapitel ab.

Abg. Anders
Zum Staats
unter der Voran
Forderung d
berichtet.

Der Rat der
Stimmen der S

Zum Staats
Bundesfürsorge
bei der Ausführung
für die Arbeiter
Mark mehr benötigt
wurden. Der
Führung der von
gerichteten Veran
franke durch

Etatberatungen im Landtag

Die Haltung der „Staatszeitung“ verurteilt — Wohlfahrtsfragen — Um die Wiedereinstellungen in Sangerode

101. Sitzung

Dresden, 2. Juli

Der Landtag trifft zu Beginn der Sitzung eine Entscheidung über ein Schreiben des Amtsgerichts Weißensand um Genehmigung der Strafversetzung des Kdp. Sievert. Das Schreiben wird mit 41 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Seit den Sitzungen über Holzschlägen und Wiederaufstellungen in nichtstaatlichen Betrieben und über Ausgabe von Rogenzertifikaten durch den Landeskulturreferenten wird das Wort gesammelt, dass den Kommunisten beantragt Verweisung an einen Ausschuss abgelehnt. Der Präsident erneut die Rechtmäßigkeit für die zweite Lesung der Gesetzvorschläge.

So folgt die Beratung über verschiedene

Stattkapitel

Zum Etat des Landtags wird vorgeschlagen, dem Kulturreferenten, dem Kassendirektor, dem Oberpostamtsleiter und zwei Obermaschinisten höhere Bezahlung beizufügen und den Präsidialbeamten zu ermächtigen, den Beamten des Landtags, die durch die Volks- und Ausschreibungen im besonderem Maße in Anspruch genommen werden und Webauswand haben, besondere Aufzweckentschädigungen bis zum Betrage von drei Mark für den Sitzungstag zu gewähren.

Innenminister Müller: Im Namen der Regierung habe ich zu erklären, dass die Höheuerung einzelner Beamten nicht durchgeführt werden könnte, weil sie der Bezahlungsordnung widerspricht. Dem Verlangen des Ausschusses könnte nur nach einer Tendenz der Bezahlungsordnung entgegengesetzt werden.

Kdg. Hammelberg (Deutschpart. Volksp.): Wir haben uns die Darlegungen der Regierung nicht verhüllt können und halten die Beherrschung der Landtagsbeamten für eine Ungerechtigkeit gegen andre Beamte.

Kdg. Eicke (Comm.): Wenn den Beamten und Angestellten höhere Bezahlung gewährt werden, müssten auch die Dienst-, Stenotypistinnen und Telephonistinnen mehr erhalten.

Ein Antrag Schiffmann, mit Rücksicht auf die Erklärung der Regierung den Gegenstand an den Ausschuss zurückzuweisen, wird abgelehnt. Darauf wird die Ausschusssitzungen gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und Kommunisten abgestimmt.

Zum Stattkapitel „Staatszeitung“ wird die Genehmigung der Einstellungen vorgeschlagen.

Kdg. Böttcher (Comm.): Die „Staatszeitung“ ist nur ein Redaktionstrial, erfordert aber Aufwendungen, mit denen eine gute Tageszeitung herausgegeben werden könnte. Für die Wiedergabe, die von der Staatszeitung verbreitet werden, stehen der Regierung genug Blätter zur Verfügung. Wir lehnen das ganz Kapitel ab.

Ahd. Amberg (Deutsche Volksp.): Wir wollen den Etat der „Staatszeitung“ genehmigen, tun das aber unter der Vorbedingung, dass die Regierung eine Änderung der Haltung der Redaktion durchsetzt.

Der Etat der „Staatszeitung“ wird darauf gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt.

Zum Haushaltspolitikapitel

Landessicherheitsverband und Wohlfahrtspflege hat der Ausschuss einige Änderungen vorgeschlagen, die die Arbeiter-Wohlfahrtsausschüsse sollen 8000 Mark mehr hemmungserlaubt werden, als in den Etat eingestellt worden sind. Der Antrag Dr. Schneider, die Weiterführung der von der Landessicherheitsanstalt eingerichteten Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten durch Gewährung der erbetenen fach-

lichen Staatshilfe zu erlauben, soll als sofortige Abschaffung der Prügelstrafe in den Etat eingebracht werden. Der Ausschuss lässt noch Vorschläge, zwei Eingaben des Arbeiter-Turn- und Sportbundes und der Deutschen Turnerschaft der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Dr. Herwig (Deutsche Volksp.): Wir erkennen die Leistungen der Arbeiter-Wohlfahrtspflege an, lehnen aber die Mehrbewilligung von 6000 Mark für sie ab, weil wir eine partizipative Behandlung aller Wohlfahrtsorganisationen wünschen.

Abg. Eicke (Comm.): Wir beantragen nachdrücklich noch, die gleiche Summe wie für die Arbeiter-Wohlfahrtspflege auch für den Landeskulturausschuss der Internationalen Arbeiterhilfe einzustellen. Weiter beantragen wir, dem Arbeiter-Turn- und Sportbund zum Bau seiner Bundeschule ein unverzinsliches Darlehen von 100.000 Mark zu gewähren, und dem Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Das Verlangen des Bundes soll der Regierung nicht nur zur Verabsichtigung überreicht werden. Für eine partizipative Behandlung der Deutschen Turnerschaft können wir nicht stimmen, weil diese die Arbeitervereine bekämpft und demontiert hat. (Widerfuhr rechts.)

Abg. Hammelberg (Deutschpart. Volksp.): Den Arbeiters-Wohlfahrtausschüssen 8000 Mark mehr auszuweilen, können wir nicht billigen, weil dadurch die an sich schon ungerechte Verteilung der verfügbaren Mittel noch verschärft würde. Die unerhörten Unzulänglichkeiten der Kommunisten gegen die Deutsche Turnerschaft weisen wir entschieden zurück.

Abg. Böttcher (Soz.): Das unrichtliche Vorgehen der Kommunisten, die Bewilligung der kleinen Summe für die Deutsche Turnerschaft zu befürworten, macht es unmöglich, für die Arbeiter mehr zu erreichen. Das verurteilen auch die Mitglieder des Arbeiter-Sportbundes. Die Internationale Arbeiterhilfe sollte in Sachen unter dem Mäntelchen der Wohlfahrtspflege rein kommunistisch auftreten müssen werden. Wir müssen deshalb die Bewilligung für die Internationale Arbeiterhilfe ablehnen.

Der kommunistische Antrag auf Bewilligung einer Beihilfe für die Internationale Arbeiterhilfe und auf Gewährung eines Darlehens von 100.000 Mark für den Arbeiter-Turn- und Sportbund sowie die Bewilligung eines Mehrerausschusses von 8000 Mark für die Arbeiter-Wohlfahrtspflege werden abgelehnt. Im übrigen wird der Ausschusssitzungen zugestimmt. — Zum

Etat der Landesbehörden

beantragt der Haushaltsausschuss A, die Einstellungen zu bewilligen. An die Regierung soll eine Reihe von Erleichterungen geteilt werden. Bei der Reform des Strafrechts soll die Verhängung der Korrektionshaft und die Strafe für Betteln bestätigt werden. Die der Erziehung bedürftigen sollen in Erziehungsanstalten, die Richterziehbaren, so weit sie sozial schädlich sind, in Verwahrung anhalten untergebracht werden. Bei der Ausbildung des Erziehungspersonals soll den verschleidemantischen Bedürfnissen nach Delikts- und Erziehungsmauer Rechnung getragen werden. In den Erziehungsanstalten wird die Durchführung des sogenannten Familienystems verlangt. Die Regierung soll auch erwägen, ob in den Erziehungs- und Korrektionsanstalten die Prügelstrafe abgeschafft werden kann.

Abg. Böttcher (Comm.): Ich fordere für meine Partei die sofortige Abschaffung der Korrektionskette, die sofortige Neuordnung des Erziehungswesens der Schwererziehbaren nach neuzeitlichen pädagogischen Grundsätzen und -fronie durch Gewährung der erbetenen fach-

lichen Staatshilfe zu errichten, soll als sofortige Abschaffung der Prügelstrafe in den Etat eingebracht werden.

Abg. Böller (Deutschpart. Volksp.): Wir sind gegen die Anträge des Haushaltsausschusses und der Kommunisten. Es ist nach unserer Ansicht ein Unrecht, der Betteln einen Freibrief ausstellen zu wollen; denn vielfach verbirgt sich hinter ihr die Abfahrt, ein Verbrechen begehen zu wollen. Gegen gewisse Elemente muss mit Stärke vorgegangen werden.

Abg. Eicke (Comm.): Ich bezeichne die Haltung der Deutschen Nationalen als eine Schändung der deutschen Kultur. (Widerfuhr und Gelächter.)

Die kommunistischen Anträge werden mit großer Mehrheit abgelehnt. Das Verlangen auf Beseitigung der Korrektionshaft und der Strafe für Betteln wird mit 38 gegen 37 Stimmen angenommen. Den übrigen Vorschlägen des Haushaltsausschusses wird zugestimmt.

Abg. Böttcher (Comm.): Ich begründete darauf den Antrag meiner Partei auf

Wiedereinstellung der in Sangerode Gemahnenregelungen

denen der ihnen entstandene Schaden ersatz werden soll. Die Mahnmeldungen widersprechen dem Schiedspruch vom 11. Juni.

Abg. Graupe (Soz.): Ich bezeichne die Entlastungen als rechtlich unzulässig und sozialpolitisch falsch. Seither ist es üblich, wirtschaftliche Kämpfe nicht ohne Mahnmeldungen zu beenden, um den Arbeitern zum Beinhalt zu bringen, dass sie von der Fertigung abhängig sind.

Abg. Böttcher (Comm.): Die Gewerkschaftsbürokraten haben einen Schiedspruch verlangt und diesen dann zum Gegenstand der Opposition gemacht, das ist Arbeitserbetung. Durch den Schiedspruch soll die Willkür des Unternehmers modifiziert werden.

Haushaltminister Dr. Reinhold:

Die Regierung hat mit den in Sangerode ergriffenen Maßnahmen nichts zu tun. Seitdem die Werke eine Aktiengesellschaft sind, lang die Regierung der Leitung keine Anweisungen geben. (Zuruf: Der Staat ist doch Aktionär! Schmatzen Sie doch nicht!) — Bierpräsident Dr. Hölschmann sagt diesen Ausdruck als unzulässig. Der Staat märkte hat keinen direkten Einfluss auf die Werke, das ist nur auf dem Wege über die Generalsammlung möglich. Die Angelegenheit hat die Regierung nicht überhaupt nicht beschäftigt, weil sie eine Sache der Sächsischen Werke ist. Der Antrag geht von fiktiven Voraussetzungen aus. Es handelt sich nicht um eine Auskettung, es sind weniger Arbeiter nicht wieder eingestellt worden, als die Antragsteller annehmen. Von den Gewahrsamsregeln sind nicht alle, sondern nur drei Betriebsräte. Die Mahnmeldungen widersprechen nicht dem Schiedspruch. Die Direktion hat sich durchs im Rahmen des Schiedspruchs gehalten. Einige der Entlassenen könnten noch nicht eingestellt werden, weil der volle Betrieb noch nicht aufgenommen werden konnte. Es werden noch mehr Einstellungen erfolgen, sobald das möglich ist. Einige Arbeiter sind aus persönlichen Gründen nicht wieder eingestellt worden. Sie haben Arbeitswillkür beobachtet, schlagen und ihre Familien terrorisiert. Und must daran liegen, den Arbeitsfreibetrieb und die Arbeitsbereitschaft zu erhalten.

Abg. Dr. Niethammer (Deutsche Volksp.): Da die Antragsteller von solchen Voraussetzungen ausgehen, muss der Antrag in einem Ausschuss behandelt werden und kann nicht sofort in Schlussberatung angenommen werden.

Der Antrag der Kommunisten wird an den Haushaltsausschuss B verwiesen.

Die drei letzten Punkte der Tagesordnung werden gemeinsam behandelt. Es handelt sich um Preisprüfungskassen und Marktstandgerichte.

Der Haushaltsausschuss A schlägt vor, dass in den Etat eingeholtte Berechnungsgeld für die Kontrollenprüfungsstelle zu genehmigen.

Abg. Böller (Deutschpart. Volksp.): Ich verlange für meine Partei, dass die Regierung beim Reich auf die Aufhebung der Marktstandgerichte nicht mehr in Täuschung zu treten brauchen, unter Antrag also durch die Verhältnisse überholst ist, ziehen wir unser Antrag zurück.

Abg. Böhr (Comm.): Wir hatten in einem Antrag die Aufhebung der Marktstandgerichte verlangt. Da die Marktstandgerichte nicht mehr in Täuschung zu treten brauchen, unter Antrag also durch die Verhältnisse überholst ist, ziehen wir unser Antrag zurück.

Abg. Böhr (Comm.): Wir haben beantragt, die Verordnung des Wirtschaftsministers vom Januar dieses Jahres aufzuheben, nach der die Kontrollausfälle aufgehoben worden sind. Der Ausschuss schlägt allerdings vor, diesen Antrag abzulehnen.

Wirtschaftsminister Müller: Ich werde nun, was ich verantworten kann und was die Mehrheit des Ausschusses beschließt. Die Preisprüfungskassen müssen aufrechterhalten, aber umgestaltet werden, um den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Den kommunistischen Antrag bitte ich abzulehnen; die Kontrollausfälle sind nicht durch die Verordnung aufgehoben worden, sondern weil sie ein Hemmnis für die Arbeit der Preisprüfungskassen waren. Auch den Antrag Böller, die Bestimmungen über die Preisprüfungskassen aufzuheben, bitte ich abzulehnen.

Der Ausschuss schlägt vor, diesen Antrag aufzugeben.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2. Juli, 1 Uhr.

Ein sächsisches Landwirtschaftskammergesetz

ist im Landtag von der Regierung vorgelegt worden. Bei der letzten Verlängerung der Wahlperiode der Mitglieder des Landeskulturausschusses batte der Ausschuss von der Regierung verlangt, ein Gesetz zur Neugestaltung des Landeskulturausschusses vorzulegen. Der 1822 von der Regierung ausgearbeitete Entwurf konnte infolge der Landtagsauflösung nicht erledigt werden. Deshalb hat die Regierung jetzt einen neuen Entwurf mit den erforderlichen Änderungen vorgelegt. In dem Entwurf ist das aktive Wahlrecht zur Landwirtschaftskammer auch solchen Unternehmen verliehen worden, die die Landwirtschaft im Nebenerwerb ausüben, wenn ihre Grundfläche eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von mindestens 4 Hektar umfasst. Weiter sieht der Entwurf in Angleichung an die Landwirtschaftskammer die Errichtung von Fachkammern für Forstwirtschaft und Gartenbau vor, verleiht diesen die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, ein eigenes Wahlrecht, das Recht der Belagabstimmung von ihren Bevölkerungsgruppen und stellt durch gegenseitige Verträge die Verbindung zwischen den drei Kammern her. Aus Zweckmäßigkeitsgründen hat die Regierung, um eine Kräfteersparnis und Streitigkeiten zwischen den Landwirtschaftskämmern für die Arbeiterschaft eingeräumt, keine Vertretung in der Landwirtschaftskammer für die Arbeiterschaft und die Wirtschaftsvertreter, die vorübergehende Vertretung der Arbeitnehmer die Errichtung paritätisch zusammengelegter Zuflüsse für Arbeit und Dienst zu ermöglichen vorgeschrieben und diesen die Vertretung und Bevollmächtigung in den Fragen zugesprochen, die gemeinsame Angelegenheiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer verüben.

1. Dienstag
2. Mittwoch
3. Donnerstag
4. Freitag
5. Samstag
6. Sonntag
7. Montag
8. Dienstag

JANUAR FEBRUAR MÄRZ APRIL MAI JUNI JULI AUGUST

Riesige Sortimente vorteilhafteste Waren in sämtlichen Abteilungen

Auerberg

